

1294.

0 III 12 be

Nr. 1 • 18. Jahrgang

Köln, den 4. Januar 1930

Institut für  
Öffentliches Recht und  
Arbeitsrecht  
Universität

# Bewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Goldmark.

Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0.15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Jülicher Straße 27.  
Fernsprecher 21 22 02.

Redaktionschluss: Montage vor Erscheinen.



## ZUR JAHRESWENDE

Blick' ernst zurück — beim letzten Glockenschlage  
Am Jahreschluss in stiller Mitternacht!  
Frag' sinnend dich, ob du vergang'ne Tage  
Zum Wohl dir selbst — des Nächsten zugebracht?  
Gib Antwort dir, ob du in Kampfesstunden  
Gestritten hast mit Mannesmut und Ehr',  
Wenn vor dir stand ein grimmig frützig Heer?

Blick' vorwärts auch — beim ersten Glockenzeichen  
Im neuen Jahr voll Mut und Zuversicht!  
Das Ziel im Aug' — „Ich will es einst erreichen“,  
Ein Kämpfer stark — in froher Hoffnung spricht,  
„Marschieren will ich fest im heil'gen Kriege,  
Wenn auch der Kampf ist noch so riesig groß.  
Frisch auf, das Banner hoch! Frisch auf zum Siege!  
Zu bessern mein und meiner Brüder Los!“

JULIUS ZIMMERMANN

Allen Mitgliedern und ihren Angehörigen  
Gottes Segen im neuen Jahre  
ZENTRALVORSTAND UND SCHRIFTFÜHRUNG

# Zum Jahreswechsel!

## Ein Rück- und Ausblick

Wenn diese Zeilen unseren Mitgliedern und Freunden zu Gesicht kommen, gehört das Jahr 1929 der Vergangenheit an. Ist versunken in das Meer der Ewigkeit. Jede Stunde in ihm, die wir ungenützt verstreichen ließen, ist endgültig verloren. Was du in der Minute ausgeschlagen, bringt dir keine Ewigkeit zurück.

Deshalb wollen wir das alte Jahr an unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, uns erinnern, was es an Erfolg und sonstigem Guten gebracht hat. Aber auch denken an alles Leid und alle Sorge, an Enttäuschungen und unerfüllte Hoffnungen. In buntem Wechsel zieht das Leben dahin. Und wenn bei uns der Schattenseiten mehr als der Lichtseiten gewesen sind, so müssen wir uns vor dem einen hüten: den Glauben an eine bessere Zukunft, die Hoffnung, dennoch des Geschickes Meister zu werden, nicht zu verlieren.

Gerade die Enttäuschungen sind in der Regel die besten Lehrmeister, die, wenn wir ihren Ursachen nachgehen, uns zeigen, was wir unterlassen und welche Fehler wir gemacht haben. Gebhaft muß an der Jahreswende der Gedanke der strengsten Pflichterfüllung vor unsere Seele treten. Nicht nur wollen wir Gewissensforschung darüber anstellen, ob wir als Mensch in bezug auf unsere letzte und höchste Bestimmung, als Glied einer Familie unser Bestes getan haben, nein, auch uns die Fragen vorlegen: Haben wir im vergangenen Jahre auch unseren Mann gestanden in der Pflichterfüllung gegenüber unserem Stande und Berufe wie überhaupt im öffentlichen Leben.

Ein gut Teil unseres eigenen persönlichen Schicksals wie das unserer Familie, unseres Standes wie auch des gesamten Volkes wird heute in viel stärkerem Maße von den allgemeinen sozialen, sittlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt wie je zuvor. Trotzdem ein jeder immer noch zum guten Teile seines Glückes eigener Schmied ist, persönlich einzustehen hat für sein Tun und Lassen, persönliche Verantwortung trägt für sein Schicksal, nichtsdestoweniger muß anerkannt werden, daß er öfters sich hier vor Aufgaben gestellt sieht, die zu meistern die Kräfte des Einzelnen übersteigen. Ihre Lösung kann nur in dem Zusammenwirken mit den uns durch natürliche, sittliche Bande Verbundenen, in der Familie, im Stande und in der Nation gefunden werden.

In diesem Verbundensfühlen, in dem Verantwortungsbewußtsein für das Wohl des Ganzen liegt die große sittliche und kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. In ihr findet der Wille zur gegenseitigen Hilfe der Berufs- und Standesgenossen den lebendigen Ausdruck.

Deshalb erscheint es angebracht, an der Jahreswende einen Rückblick auf ihr Wirken und Arbeiten zu werfen. Es ist dabei zu untersuchen, warum nicht alle berechtigten Bestrebungen ihre Erfüllung gefunden haben.

Das Schicksal der Arbeitnehmer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage ist zum großen Teile durch die Lage der Wirtschaft bedingt. Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 setzte ein Rückgang der Konjunktur ein, erheblich verschärft durch die große Kälteperiode zu Anfang des Jahres 1929. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenfürsorge stieg im Februar 1929 bis auf 2,5 Millionen. Nur noch 84 Prozent der werktätigen Bevölkerung war voll beschäftigt. Mit der Besserung der Witterung ging dann die Arbeitslosigkeit zurück, um aber bis zum Oktober wieder auf 1,1 Millionen zu steigen. Wenn aber immer wieder versucht wird, die Zahl der Arbeitslosen als Gradmesser für den Stand der Wirtschaft hinzustellen, so kann diesen Versuchen nicht scharf genug entgegengetreten werden. Die Arbeitslosigkeit ist nicht allein eine Folge der schlechten Wirtschaftslage, sondern auch der verbesserten, Arbeitskräfte sparenden Produktionsmethoden. Gerade gegenüber den Versuchen der Unternehmer, nur die Höhe der Löhne und die sozialen Lasten der Wirtschaft verantwortlich für die Arbeitslosigkeit zu machen, muß diese Ursache recht deutlich herausgestellt werden.

Trotz aller Niesmacherei und Zweifelpessimismus in manchen Kreisen hat doch die Stabilisierung der Wirtschaft im abgelaufenen Jahre Fortschritte gemacht. Wenn trotzdem ein konzentrierter Angriff der Gegner auf die Sozialpolitik, die gesetzliche sowohl, wie auf die Erfolge der Gewerkschaft-

ten, gemacht wurde, so wohl in der Hauptsache aus der Erwägung heraus, mit diesen Angriffen auf die Sozialpolitik die politischen Parteien und damit die Gesetzgebung zu veranlassen, eine andere Verteilung der steuerlichen Lasten herbeizuführen. Abgesehen von einigen Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung und der Beseitigung der diesem Gesetze noch anhaftenden Mängel, letzteres mit Zustimmung der Gewerkschaften, konnten die Angriffe auf die Sozialpolitik abgeschlagen werden. Nicht zuletzt dank dem Einflusse der Gewerkschaften im politischen Leben wie in der Wirtschaft. Wenn es auch nicht gelang, auf der ganzen Linie eine Erhöhung der Reallohne durchzusetzen, so war es doch möglich, die sinkende Kaufkraft des Geldes durch eine Erhöhung der Nominallohne auszugleichen. Alle Versuche, nur auf Kosten der breiten Volksmassen eine größere Rentabilität der Unternehmen herbeizuführen, konnten zum Scheitern gebracht werden. An Versuchen, auf diesem Wege eine größere Verzinsung des Kapitals herauszuschlagen, die arbeitslosen Einkommen an erster Stelle zur Neubildung von Kapital zu benutzen, hat es nicht gefehlt. Die Gewerkschaften mußten daher, ungeachtet der ihnen gemachten Vorwürfe wegen ihrer angeblichen Einseitigkeit in die Bedürfnisse der Wirtschaft, alles daransetzen, eine Verschlechterung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder zu verhindern. Zur Aufrechterhaltung der bisherigen Erfolge waren alle Kräfte erforderlich angesichts der konzentrierten Angriffe, die von den starken Wirtschaftsgruppen, insbesondere seitens des Bankkapitals, auf die Sozialpolitik gemacht wurden.

Unter dem Druck der industriellen Reservearmee, des Arbeitslosenheeres, nahmen die Tarifbewegungen einen langsamen Verlauf. Mantel- wie auch Lohntarife mußten für längere Zeiträume gütlich abgeschlossen werden. Unsere Lohn- und Tarifverhandlungen litten in erster Linie sehr stark unter den nicht günstigen finanziellen Verhältnissen der öffentlichen Körperschaften, besonders der Gemeinden. Wenn auch nicht überall die Zustände so trüb wie in Berlin liegen, so schließen doch auf der ganzen Linie die städtischen Etats mit einem Defizit ab. Festzustellen ist fernerhin eine erhebliche Zunahme der kurzfristigen Schulden, jener Schulden, die zum Teil durch langfristige Anleihen zu decken nicht rasch erscheint, weil sie nicht aus verbenden Anlagen, sondern aus der Deckung von Fehlbeträgen, die durch laufende Einnahmen zu decken sind, herrühren.

Wenn in letzter Zeit eine Versteifung des Kapitalmarktes für die Gemeinden eingetreten ist und diese dadurch gezwungen werden, Sparsamkeit zu üben, könnte dieses einer gesunden Entwicklung der Selbstverwaltung nur förderlich sein. Wogegen wir uns aber gewehrt haben, ist die Anwendung des Sparsystems am falschen Ende. Jedenfalls liegt keine Veranlassung vor, in bezug auf die soziale Betätigung der Gemeinden von einer Verschwendung zu reden. Wenn auf allen andern Gebieten seitens der Verwaltungen so gespart worden wäre wie bei der Entlohnung der städtischen Arbeiter und Angestellten, hätten wir nicht diese Finanzkatastrophe zu verzeichnen. Als rettender Engel bei diesen Schwierigkeiten haben sich im vergangenen Jahre in hervorragendem Maße die städtischen verbenden Betriebe erwiesen. In immer steigendem Umfange wurden aus den Ueberflüssen dieser Betriebe die Lächer in den Stadtsäckeln gestopft. Gemeindliche öffentliche Betriebe in privatkapitalistischer Hand hätten den Städten die letzte Möglichkeit genommen, auch nur halbwegs ihre Finanzen in Ordnung zu halten.

Unter nicht besonders günstigen Verhältnissen gehen wir daher ins neue Jahr. Besonders schwierig, weil in verstärktem Umfange nicht nur in den Kreisen der Unternehmer, sondern auch in anderen Volksschichten eine Gesundung der Wirtschaft nur noch von einem Abbau der Sozialpolitik erwartet wird. Unser ganzes öffentliches Leben hat sich derart stark wieder mit echt kapitalistischen Gedankengängen durchsetzt, daß schon ein großer Mäz dazu gehört, auf die Notwendigkeit der Beachtung sozialer und sittlicher Grundzüge im Wirtschaftsleben hinzuweisen.

Mehr wie je wird im kommenden Jahre die Arbeitnehmerschaft auf die Selbsthilfe angewiesen sein. Man redet zwar sehr viel von Volksgemeinschaft und gegenseit-



gem Verstehen der verschiedenen Volksschichten, aber wenn es darauf ankommt, zugunsten der wirtschaftlich Schwächsten ein Opfer zu bringen, die Kriegskosten entsprechend der Tragfähigkeit auf die einzelnen Schultern zu verteilen, dann versagen alle schöne Redensarten, dann ist sich jeder selbst der Nächste.

Das kommende Jahr wird mit der Einführung des Youngplans und der Neuordnung des Steuerwesens, mit der Reform der Wirtschaft entscheidend dafür sein, wie die Lasten für das nächste Jahrzehnt verteilt werden sollen.

Bersagt hier die Arbeiterschaft, baut sie nicht ihre wirtschaftliche Organisation, die Gewerkschaften, so aus, daß sie in der Lage ist, eine gerechte Verteilung der Einkommen

und der Lasten zu erzwingen, dann dürfte die soziale Entwicklung in Deutschland doch recht ernst stimmen.

Nichtsdestoweniger darf uns die gegenwärtige ernste Situation an der Schwelle des neuen Jahres nicht zu allzu großem Pessimismus stimmen. Tut jeder seine Pflicht, besonders in der Standes- und Berufsorganisation, wird auch in der Zukunft allen Begnern zum Trost unser Weg noch aufwärtsführen. Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Die Sterne reißt vom Himmel das eine Wort: „Ich will“.

Zu diesem ernststen Wollen allen unseren Mitgliedern und Freunden

Viel Glück und Segen im neuen Jahre!

## Die „kalte Sozialisierung“

Der Kampf um die kommunalen Wirtschaftsbetriebe wurde seither von den Gegnern dieser Betriebsform in erster Linie geführt mit dem Hinweis auf Mißstände, teure Verwaltung usw. Je mehr aber hier Abhilfe geschaffen wird, je größer der Anteil dieser verbenden Betriebe an der Aufbringung der öffentlichen Lasten wird, um so mehr verlieren diese Argumente an Zugkraft. Die Bürgererschaft sieht immer mehr ein, daß es auch für sie nicht gleichgültig ist, ob die Gewinne aus diesen Unternehmen einzelnen Aktionären, Großbanken usw. zufließen, oder aber zur Entlastung vom Steuerdruck in die öffentlichen Kassen fließen, zudem, wie die Erfahrung lehrt, in der Privatwirtschaft mindestens die gleichen Mißstände, die gleichen Skandale vorkommen wie in öffentlichen Betrieben. Auch in der kapitalistischen Privatwirtschaft haben wir Skandale, die dem um Sklarek in nichts nachstehen. Nur mit dem Unterschiede, daß man in der kapitalistischen Wirtschaft manches für durchaus zulässig erachtet, was bei der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand als Verbrechen in alle Welt hinausposaunt wird. Es wäre einmal zu untersuchen, welche Konkurse und inwieweit diese auf die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und inwieweit auf Unfähigkeit, Leichtsinns und Verschwendung der Firmeninhaber zurückzuführen sind. Zwischen dem realen Konkurs und dem Konkursverbrechen, das strafrechtlich geahndet wird, gibt es noch viele Abstufungen.

In Erkenntnis dieser Wandlungen in den allgemeinen Anschauungen wird nunmehr der Kampf auf einer anderen Basis zu führen versucht. Deutlich wird dieses unlängst in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“, Nr. 21/29, S. 576 ausgesprochen. Die wirtschafts- und lohnpolitischen Ziele der öffentlichen Betriebe sollen angeblich die privaten Wirtschaftskreise zwingen, den Kampf gegen die Kommunalisierungsbestrebungen zu führen.

Das wirtschaftspolitische Ziel der kommunalen Betriebe ist doch letzten Endes nicht anderes, wie gemeinnützige öffentliche Betriebe mit Monopolstellung der privatkapitalistischen Ausbeutung zu entziehen, die wirtschaftliche Betätigung wieder ihrer eigentlichen Aufgabe, der Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse zuzuführen, ohne dabei dem toten Kapital einen Tribut zu zollen.

Wenn seitens der Privatwirtschaft versucht wird, die Ueberführung lebensnotwendiger Betriebe als „kalte Sozialisierung“, als Vorstufe für das sozialistische Wirtschaftssystem hinzustellen, als ein Popanz aufzustellen, um ängstliche Gemüter zu schrecken, dann zeigt dieses Bestreben nur, wie die kapitalistische Wirtschaft sich selbst ihrer Verfüngung am Menschentum bewußt ist, ohne aber daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ob der Regiebetrieb in seiner jetzigen Betriebsform der richtige ist, ob nicht Reformen in seiner Verwaltung eingeführt werden müssen, die zu einer Verbilligung führen, ist eine Frage, die zu erörtern durchaus berechtigt ist.

Zu prüfen ist weiterhin die Frage, ob die Gestaltung der Preise und Tarife der städtischen Betriebe nicht zu stark zu einer indirekten Besteuerung geführt hat und überspannt ist? Jedenfalls aber läßt sich die Tatsache feststellen, daß die Regiebetriebe in ihrer Tarifpolitik durchweg mehr den Interessen der Verbraucher Rechnung tragen als die gleichen nach kapitalistischen Gesichtspunkten geleiteten Privatbetriebe. Den Vorwurf der „kalten Sozialisierung“ werden daher alle jene Volkstreuere gern auf sich nehmen, die der Wirtschaft noch andere Aufgaben als die des Gewinnstrebens zuzuweisen geneigt sind.

Von besonderem Interesse für die Arbeiterschaft im allgemeinen und unsere Kollegenschaft im besonderen ist die Bekämpfung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden wegen ihrer lohnpolitischen Ziele. Was damit gemeint ist, wird zwar aus Klugheitsrücksichten nicht deutlich ausgesprochen. Doch in Verbindung mit den Forderungen der Wirtschaftsführer zur Lohngestaltung in den Rundgebungen der Industrie- und Arbeitgeberverbände, worin deutlich eine Reduzierung der Realsöhne zugunsten der Neubildung von Eigenkapital gefordert wird, werden die lohnpolitischen Ziele deutlich verständlich. Der Widerstand des Arbeitgeberverbandes der Gemeinden und Kommunalverbände gegen die Forderungen der Arbeiter ist ihnen nicht stark genug. Die soziale Einstellung mancher Stadtverwaltung, die auch den Arbeitgeberverband veranlaßt, nicht um jeden Preis den Scharfmacher herauszulehren, wird als ein Hemmschuh für die Durchführung ihrer Absichten angesehen.

Unsere Grundeinstellung zu diesen Fragen kann nur die eine sein. Wir anerkennen die sittliche Berechtigung der privaten Wirtschaft und des privaten Eigentums. Doch nicht Privateigentum und Privatbetrieb um jeden Preis. Wenn volkswirtschaftliche und soziale Aufgaben in anderer Unternehmensform besser und für die Bevölkerung billiger erfüllt werden können, geben wir dieser Betriebs- und Besitzform den Vorzug für gemeinnützige, lebensnotwendige Betriebe hat die privatkapitalistische Wirtschaftsform so viel Schattenseiten, daß ihre Aufrechterhaltung nicht zu verantworten wäre. Daran kann auch der Vorwurf der kalten Sozialisierung nichts ändern. Die Wirtschaft kann nicht Selbstzweck sein, nicht ihre Aufgabe im Gewinnstreben allein erfüllen, sondern muß Mittel bleiben, den Menschen die Erfüllung ihrer letzten und höchsten Lebensaufgabe zu ermöglichen. Dem aber wird der kapitalistische Privatbetrieb auf diesen Gebieten der Güterproduktion nicht gerecht.

**Mitglieder!**

Wahret Eure Rechte durch pünktliche Beitragszahlung. Nichterfüllung der satzungsgemäßen Verpflichtungen hat den Verlust der Ansprüche zur Folge.



# Kapitalnot und Spitzeneinkommen in der Wirtschaft

Mangel an Betriebskapital soll nach Ansicht der Wirtschaftsführer die Hauptursache für die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit sein. Nach der letzten Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie kann eine Besserung nur eintreten, wenn eine Neubildung von Kapital, vornehmlich in den Betrieben selbst, in weitgehendstem Umfang eintritt. Zu dem Zwecke habe eine Entlastung der Industrie vom Steuerdruck, von den sozialen Beiträgen und durch eine Reduzierung der überhöhten Löhne stattzufinden.

Einen ganz eigentümlichen Begriff von der Kapitalnot der Wirtschaft bekommt man aber, wenn man das gegenwärtige Einkommen der Direktoren und sonstiger leitender Angestellten in Vergleich stellt mit den in der Vorkriegszeit üblichen Gehältern für derartige Stellen. Während die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der unteren Angestellten und Beamten, gemessen an der Kaufkraft, die Höhe der Vorkriegszeit kaum erreichen und wegen der Kapitalnot der Wirtschaft abgebaut werden sollen, gehen die Spitzeneinkommen in der Wirtschaft den umgekehrten Weg.

Am bedauerlichsten bei dieser Entwicklung ist die Tatsache, daß anscheinend die halbamtlichen wirtschaftlichen Unternehmungen mit denkbar schlechtestem Beispiel der privaten Wirtschaft vorangehen.

Nach einer Mitteilung der „Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung“ soll der Reichsbankpräsident ein Gehalt von 340 000 M. die übrigen Mitglieder des Direktoriums je 180 000 M. beziehen. Das Gehalt des Präsidenten der Reichseisenbahnverwaltung wird ebenfalls mit 340 000 M., nach anderen Quellen mit 250 000 M. angegeben. Die Einkommen der übrigen Direktionsmitglieder werden mit 100 000 bis 180 000 M. pro Jahr beziffert. Bezeichnenderweise fühlt sich keiner der betreffenden Herren durch derartige Veröffentlichungen veranlaßt, authentische Angaben über ihr Einkommen zu machen, und wenn es von dritter, nachstehender Seite geschieht, werden in der Regel nur die Grundgehälter genannt, nicht aber die Nebeneinnahmen an Prämien, Lantien, Abfindungsansprüchen, Pensionsberechtigungen usw., die erfahrungsgemäß nicht selten die Grundgehälter übersteigen.

Nicht allein bei den dem Reich nachstehenden Unternehmungen wie Reichsbahn und Reichsbank, sondern auch bei Betrieben, wo Staat oder Stadt einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben, finden wir eine Besoldung der leitenden Angestellten, die der Kapitalnot der Wirtschaft veräußert wenig Rechnung trägt. Auch hier zwei Beispiele. Bei der hannoverschen Straßenbahn, einem gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen, wo der Preussische Staat und die Stadt Hannover Hauptaktionäre sind und über die absolute Mehrheit in der Generalversammlung verfügen, werden die beiden Direktoren mit je 90 000 M. besoldet. Der

Direktor der Berliner Verkehrsbetriebe, ein fast rein städtisches Unternehmen, bezieht 72 000 M. pro Jahr.

Selbstverständlich stehen die rein privaten Betriebe in der Besoldung ihrer Leiter den halbamtlichen in nichts nach. Sind doch hier Einkommen von einer Million Mark für die einzelne Person keine Seltenheit. Kein Geschäftsbericht, keine Bilanz irgendeiner Gesellschaft läßt das Einkommen der Vorstandsmitglieder erkennen. Nur gelegentlich, wenn Vorstandsmitglieder oder Direktoren der Gesellschaften mal abgebaut werden und ihre abgelehnten Ansprüche auf dem gerichtlichen Wege verfechten, gewinnt die Öffentlichkeit blitzartig einen Einblick in diese dort üblichen Gehaltsordnungen.

Unsere amtliche Statistik über das Aktienwesen hat eine fühlbare Lücke. Wohl wissen wir aus dieser Statistik, wie hoch die Verzinsung des hier investierten Kapitals ist, nicht aber, welche Summen aus dem Bruttogewinn zur Besoldung der Vorstandsmitglieder und Direktoren herausgenommen worden sind.

Wenn es möglich wäre, diese Summen statistisch zu erfassen, würde sich zeigen, welchen Einfluß das Einkommen der leitenden Personen auf die Rentabilität der Unternehmen hat. Sind doch nicht selten Fälle zu verzeichnen, wo jedes einzelne Vorstandsmitglied genau die nämliche Summe an Gehalt bezog wie hundert im Betriebe beschäftigte Arbeiter zusammen an Lohn erhielten.

Gewiß müssen Können und Wissen und die oberste Verantwortung entsprechende Bewertung erfahren. Doch ohne Zweifel findet heute, wo die Wirtschaft angeblich an der Kapitalnot zugrunde gehen soll und die Mehrzahl der produktiv tätigen Menschen Mangel am zum Leben Notwendigen leidet, eine Ueberbewertung in diesen Fällen statt.

Wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird, zeigen uns die Vorgänge bei Zusammenlegungen von Unternehmungen. Während die Arbeiter und unteren Angestellten der stillzulegenden Betriebe einfach entlassen, der Existenzlosigkeit überantwortet und der Arbeitslosenversicherung bzw. der öffentlichen Fürsorge überwiesen werden, erhalten die abzubauenden Vorstandsmitglieder und Direktoren eine Abfindung oder eine Pension, die wirklich eine sorgenfreie Lebenshaltung gestattet. Vom sozialen und auch volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus wäre es äußerst interessant zu erfahren, in welcher Höhe die deutsche Wirtschaft mit „sozialen“ Lasten zugunsten ehemaliger Direktoren und Vorstandsmitglieder, die noch voll arbeitsfähig sind, bepackt ist. Dann wäre ein Vergleich zwischen den Beiträgen zu der Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und zur Versorgung überflüssiger Direktoren usw. möglich.

Wir wissen, daß auch bei Anwendung der gleichen Grundsätze für Leiter der Wirtschaft und ihre Arbeiter alle Mote der Wirtschaft sich nicht beschäftigen lassen. Die Zahl

## Wir sind das Jahr

Von P. Dohse

Aus der Tiefe des Herzens steigt ständig der starke Urtrieb nach dem Glück, aber zu Neujahr wird er besonders lebendig, da fragt sich mancher: Wie werden die neuen zwölf Monate werden? Ob uns helte oder schwarze Lose aus der Schicksalsurne beschieden sind? Um die Zeit rufen uns auch die Mitmenschen „Viel Glück“ zu. Wir mögen uns dieses Wunsches freuen, wenn er aus rechtlicher Seele kommt; denn wir leben in wirtschaftlich schweren Zeiten, und darüber hinaus hat jeder von uns, wie der Volksmund sagt, sein Päckchen zu tragen, vielleicht eine Krankheit, einen Familientummer, Sorge um einen treuen Menschen u. a. mehr. Da ist es wohl zu verstehen, wenn die Sehnsucht im Herzen aufsteigt: ach, vielleicht kommt ein unerwartliches Gutes und wendet alles zum Guten, vielleicht wird alles besser, als es aussieht. Hand aufs Herz! Wir leben in geheimnisvoll-täuschend viel von solchen, oft im Unterbewußtsein wirzelnden mächtigen Stimmungen, Ahnungen, Befürchtungen und Hoffnungen. Aber sehen wir doch klar. Wir wollen weder die unübersehbaren Zufälle des Lebens, die sogenannten Verhältnisse, noch die oft unklaren, manchmal gar nicht begründeten Gesühle und Empfindungen des Herzens überschätzen. Gerade zu Neujahr wollen wir uns über unsere Lebensmächte Gewißheit verschaffen, und die gewonnene Erkenntnis wird uns trösten,

wird zeigen, daß wir doch zum großen Teil unser Leben selber bestimmen können. Im Grunde sind wir nämlich selber das Jahr, und das neue Jahr wird uns nur wiedergeben, was wir hineingelegt haben. „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigener Geist, darin die Zeiten sich bespiegeln.“ (Goethe im Faust.)

Zwei große Kapitalien gibt die Natur in der Hauptsache jedem mit auf den Lebensweg: unsere Kräfte und die Zeit. Unsere Fähigkeiten mögen nicht immer unserm Berufe entsprechen und daher uns nicht das Höchste leisten lassen, aber ein solcher Mangel darf auch nicht zu sehr betont werden. Es wird ja nur verlangt, daß jeder nach dem Maße seiner Kräfte schaffe. Tun wir das auch wirklich? Diese Frage können wir uns nicht oft genug stellen und nicht streng genug beantworten. Waren wir ferner fleißig, sorgsam, gründlich, gewissenhaft, treu und zuverlässig? Verhehlen wir uns nicht den hohen Wert dieser allgemeinemenschlichen Tugenden. Begabt kann nicht jeder sein, aber zusammennehmen kann sich jeder. Dazu gehört allerdings starke Selbstzucht, ein eiserner Wille, wirklich das Beste zu leisten. Hier dürfen wir Cäsar Platitschen beipflichten: „Da aber liegt's: der eine bricht's, der andre biegt's; laß nur das Schwert nicht in der Scheide rosten; wer etwas will, der kann's, und würd' es eine Welt ihn kosten.“

Wir sind das Jahr — denn unser ist die Zeit. Eine mathematisch genaue Spanne von 365 Tagen ist uns neu zugemessen. Was läßt sich da nicht alles ausrichten! Aber nur, wenn man die Zeit



der Spitzeneinkommen in der Wirtschaft ist verhältnismäßig gering. Aber dennoch handelt es sich hier um Hunderte von Millionen, die jedes Jahr gespart werden könnten. Insbesondere dann, wenn allgemein nach dieser Richtung hin mehr gespart würde. Unsere moderne Entwicklung zeigt großes Einkommen und großer Luxus der obersten Schicht, geringes Einkommen und Arbeitslosigkeit für das werktätige Volk.

Nicht allein in der Wirtschaft. Bei den Behörden, Reich, Staat, Provinz und Gemeinden die gleiche Entwicklung. Zeigt die Beamtenbesoldungsordnung nicht die gleiche Tendenz, das Bestreben, die Besoldung der leitenden Beamten den Industriegehältern anzupassen, weil hier der Unterschied zwischen oben und unten noch nicht so groß ist wie in der Privatwirtschaft.

In den freien Berufen sieht es nicht besser aus. Am Theater, am Kino bezieht die Primadonna, der Heldentenor an Gehalt oder Salär das Fünfzig- bis Hundertfache der übrigen Künstler. Bekannte gefeierte Schriftsteller oder sonstige Künstler haben eine Entlohnung für ihre Leistungen, die zehnmal höher ist als die für gleichwertige Leistungen anderer, nur weil sie mal den Namen haben.

Eine neue, vertehrte Rangordnung der Werte ist aufgestellt. Fleiß, Geschicklichkeit, Treue finden keine Anerkennung mehr, wenn sie sich an lebensnotwendigen, nützlichen

Aufgaben verschwenden. Der Boger, der es am besten versteht, die Rinnbäden einzuschlagen, hat mehr an Einkommen und Anerkennung als jener stille Forscher, der durch seine Lebensarbeit der gesamten Menschheit einen unermeßlichen Dienst erwiesen hat.

Zusammengefaßt kann ruhig behauptet werden, die gesamte Produktion wie auch das gesamte Einkommen der deutschen Volkswirtschaft würden bei gerechter Verteilung groß genug sein, um allen Arbeitsmöglichkeit und eine menschenwürdige Lebenshaltung zu geben. Solange aber das Einkommen so ungleich verteilt wird, Rieseneinkommen der Existenzlosigkeit einer großen Anzahl Volksgenossen gegenüberstehen, haben die deutschen Arbeitnehmer keine Veranlassung, den geäußerten Wünschen nach Beseitigung der Kapitalnot auf Kosten ihrer Lebenshaltung entgegenzukommen.

Die Führer der Wirtschaft selbst, nicht weniger aber auch die Behörden und nicht zuletzt die Parlamente sollten zunächst einmal dem Volke mit gutem Beispiele vorangehen. Solange dieses aber nicht geschieht, vielmehr die Entwicklung den entgegengesetzten Weg in der Einkommensverteilung geht, können die Gewerkschaften den ihnen gemachten Vorwurf, kein Verständnis für die Kapitalnot der Wirtschaft zu besitzen, mit aller Gelassenheit und ruhigem Gewissen über sich ergehen lassen.

## Eine Stadtverwaltung unter Kuratel

Wenn ein erwachsener Mensch mit seinem Vermögen derart verschwenderisch umgeht, daß hierdurch eine Gefahr der Existenzlosigkeit für ihn und seine Angehörigen entsteht, kann ihm auf Antrag durch die Staatsgewalt, das Gericht, das Verfügungsrecht über sein Vermögen entzogen werden. Er wird entmündigt, bekommt einen Vormund oder, wie der Volksmund sagt, „wird unter Kuratel gestellt“. Das Verfügungsrecht über sein Vermögen, über Einnahmen und Ausgaben geht auf den Vormund über, dessen Anordnungen der Mündel zu befolgen hat.

Ein ähnliches Recht besteht auch für die Selbstverwaltungskörperschaften, wie Provinzen, Kreise, Städte und Gemeinden. Hier kann die Aufsichtsbehörde für Gemeinden, der Regierungs- oder Oberpräsident, Einspruch gegen Beschlüsse der Stadtverwaltung und Bürgerchaftsvertretung erheben und ihre Durchführung verhindern, oder aber bestimmte Richtlinien und Vorschriften für die Vermögensverwaltung, für Einnahmen und Ausgaben erlassen. „Unter Zwangsverwaltung stellen“ heißt der amtliche Ausdruck hierfür und ist mit dem vollstümlichen „unter Kuratel gestellt“ identisch.

Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß die Staatsgewalt nur in den äußersten Fällen gegenüber einer Stadt von diesem Rechte Gebrauch machen darf. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist heute von so außerordentlich großem staatspolitischem, sozial- und volkswirt-

schaftspolitischem Werte, daß die Staatsgewalt nur dann von diesem Rechte in eigenem Interesse Gebrauch machen darf, wenn es anders nicht mehr geht.

Gegenüber der Reichshauptstadt Berlin hat nunmehr die Staatsgewalt von diesem Rechte Gebrauch gemacht. In einer Verfügung des Oberpräsidenten ist ihr verboten worden, neue Aufgaben zu übernehmen. Die Mehrerträge aus Steuererhöhungen und Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahn usw. dürfen nur zur Schuldentilgung verwandt werden. Monatlich sind fünf Millionen Mark einem Tilgungsfond bei der Preussischen Staatsbank zur Abdeckung der kurzfristigen Schulden zuzuführen. Mehrerträge über fünf Millionen Mark pro Monat dürfen nur dann anderweitig verbraucht werden, wenn hierzu auf Antrag die Genehmigung vom Oberpräsidenten erteilt ist. Der stellvertretende Oberbürgermeister Dr. Scholz wird persönlich für die Innehaltung dieser Vorschriften verantwortlich gemacht.

Da die Stadt Berlin im Stadtverordnetenkollegium eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit besitzt, diese Parteien auch in der Verwaltung einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben, wird es aus Scharfmachertreuen nicht an Vorkürwürfen fehlen, die Mißwirtschaft sei auf eine übertriebene Sozialpolitik zurückzuführen. Soweit hierbei die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten in Frage kommen, kann nicht eindringlich genug darauf

nicht todschlägt, sondern selbst mit den einzelnen Minuten geht. Goethe, der Mann des tätigen Lebens, behauptet daher von diesem Gut: „Die Zeit ist mein Besitz, mein Acker ist die Zeit.“ Franklin nennt die Zeitverschwendung die allergrößte, da es sich um den kostbarsten Besitz handelt. Von Darwin erzählt sein Sohn: „Wie vergaß er, wie kostbar sie ist. Er getzte mit den Minuten; nie verlor er einige Minuten in der Meinung, es lohne sich nicht, an die Arbeit zu gehen.“ So wollen wir am Abend den Tag überflennen und uns mit dem Dichter die Frage vorlegen: „Schöner Tag, hab' ich dich ausgenüßt? Wir sind schon zum großen Teil das Jahr, wenn wir unsere Kräfte redlich nützen und die Zeit auslaufen. Nun mag ruhig zugestanden werden, daß das Schicksal oft dazwischengreift und all unser Plänen durcheinanderwirft, unser Schaffen hindert. Aber auch dann liegt der Ausgang noch zum großen Teil bei uns selber. Es kommen vielleicht günstige Umstände; aber sie nützen uns nur, wenn wir uns rühren und die Gelegenheit, um mit Goethe zu reden, bei der Stirnlöcke fassen. Denn, daß Glück ihm günstig sei, was hilft's dem Töffel; denn regnet's Brei, fehlt ihm der Töffel“. Aber auch die Radenschläge bleiben nicht aus. Ihnen gegenüber gilt es erst recht, sich nicht von Stimmungen fortreißen, sondern von Verstand und Vernunft führen zu lassen, die neue Lage besonnen zu überblicken und sie unseren Plänen einzuordnen. So will Goethes Mahnung verstanden: „daß du mit gleichem Mute zu Glück und Unglück bereit seist“.

Wir sind das Jahr. In der Hauptsache bezogen wir bisher diesen Gedanken auf unsere Arbeit und Erfolge. Wir dürfen ihn

aber auf unser ganzes Leben anwenden. Es gibt viele Fragen auch noch anderer Art, die an der Schwelle des neuen Jahres auftauchen. Werden wir z. B. gesund bleiben? Wahrscheinlich ja, wenn wir mäßig, vorsichtig und naturgemäß leben. Werden wir wirtschaftlich gut durchhalten? Gewiß, wenn wir weise Ökonomie treiben, wenn wir uns in Ansprüchen und Ausgaben nach der vorhandenen Dede strecken. Werden wir mit unsern Mitmenschen gut auskommen? Bekanntlich ein recht wichtiges Kapitel, das einen großen Teil unseres Kerkers angeht. Ja, wir werden erträglich leben, wenn wir uns Mühe geben, uns in sie zu schicken, auch an sie zu denken, ihre billigen Wünsche zu erfüllen. Werden wir überhaupt glückliche Tage erleben? Jawohl, bestimmt, wenn wir sie selber schaffen. Dazu ist nötig, daß wir uns selber keinen Keger bereiten. „Hast du kein Leid, so mach dir kein Leid; dazu hast du noch später Zeit“ (Salus.) Dabei wollen wir uns um so mehr der kleinen Krennen des Tages erfreuen und nach Möglichkeit die schwere Krust üben, uns nicht von den Verhältnissen erdrücken zu lassen, sondern versuchen, über ihnen zu stehen.

So dürfen wir tatsächlich behaupten, daß wir selber zum großen Teil das Jahr bereiten und sind. Es wird sich für uns erschließen, je nachdem wir es anfassen; es wird uns schenken und schuldig bleiben, je nachdem wir uns verhalten. Wir wollen den andern ein glückliches neues Jahr wünschen und uns ihre Zurufe auch gern gefallen lassen; aber tröstlicher sei uns noch der Gedanke, daß wir über allen unberechenbaren Zufall hinaus noch am Ende selber Meister des Jahres bleiben können.



verwiesen werden, daß die Berliner Verhältnisse in keiner Beziehung über den Durchschnitt hinausgehen. Sie passen sich den besonderen örtlichen Leuerungsverhältnissen an, gehen aber nicht über das alleseitig als berechtigt Anerkannte hinaus. Im Wohnungsbauwesen für Minderbemittelte hinkt die Stadt Berlin hinter anderen Großstädten nach. Wäre auch bei anderen Ausgaben die nämliche Sparsamkeit geübt worden wie bei diesen beiden, hätte die Zwangsverwaltung nicht zu kommen brauchen.

Wie aber die Stadt Berlin verwaltet wurde, zeigt wohl der Sklarekstand zur Genüge. Wenn aber in Berlin den Direktoren der städtischen Werke 72 000 Mark Gehalt gezahlt werden, das 3- bis 4fache der in anderen Städten für Stellen mit gleichen Aufgaben und gleicher Verantwortung üblichen Gehälter — wenn in der Zeit, wo die Schuldenlast der Stadt über dem Kopf zusammenzuschlagen droht, Schulpaläste, die 30 Millionen kosten, erbaut werden, und wenn man dann aus diesen besonders trassen Einzelfällen einen Rückschluß auf die Sparsamkeit im allgemeinen zieht, dann wird die getroffene Zwangsverwaltung verständlich.

## Eine Reichskonferenz der Reichsarbeiter

Am Sonntag, den 22. Dezember, in Würzburg statt. Fast alle Verbandsbezirke hatten zu derselben Vertreter entsandt. Die Tagesordnung lautete: 1. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifvertrages und unsere Anträge hierzu; 2. Gegenwärtiger Stand der Zusatzversicherungsanstalt; 3. Bericht über die Tätigkeit des Hauptbetriebsrats. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Dedenbach-Rln, eröffnete die Konferenz mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Tagesordnung. Es sei die zweite Reichskonferenz der Reichsarbeiter in unserem Verbande. Die erste habe im vergangenen Jahre anlässlich der Gründung der so lange erstrebten Pensionskasse in Frankfurt a. M. stattgefunden. Er sprach die Erwartung aus, daß die jetzige Konferenz sich ebenso fruchtbar auswirke wie die erste.

Nachdem die Kollegen Dedenbach-Rln, Dahmann-Würzburg und Scheuermann-Leipzig, zur Leitung der Konferenz gewählt waren, hielt Bezirksleiter Kollege Weizler-München, das Referat zum 1. Punkt der Tagesordnung. Er warf zunächst einen interessanten Rückblick auf die Verhältnisse der Reichsarbeiter vor dem Kriege und ihre Organisationsbestrebungen. Infolge der Haltung der Verwaltungen und der schwachen Organisationsverhältnisse sei es damals außerordentlich schwer gewesen, Erfolge bezüglich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. In der Nachkriegszeit sei es gelungen, die Verhältnisse durch Tarifvertrag zu regeln. Der erste Tarifvertrag sei bereits mehrfach abgeändert worden. Aber es seien doch noch manche Wünsche der Kollegenchaft unerfüllt geblieben. Diesmal müsse wiederum alles versucht werden, weitere Verbesserungen zu erzielen. In den Ortsgruppen habe man aushalten zu der Tarifverneuerung Stellung genommen und entsprechende Anträge gestellt. Diese bezögen sich auf eine ganze Anzahl Tarifbestimmungen, so u. a. die Arbeitszeit, Frühkutsch vor den hohen Festtagen, Frauen- und Kinderzuschläge, Regelung der Wochenfeiertage und des Urlaubs; Erweiterung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle;

Die Leidtragenden dieser „Verwaltungskunst“ sind, wie immer, die der Hilfe am bedürftigsten. Ein Beschluß, den Erwerbslosen eine Winterbeihilfe im Gesamtbetrag von 6 Millionen Mark zu geben, kommt nicht zur Durchführung, weil die Deckung fehlt und weitere Ansehen aufzunehmen durch die Zwangsverordnung verboten ist.

Als Organisation der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen haben wir bisher rücksichtslos Kritik an mancher sogenannten bürgerlichen Stadtverwaltung geübt, wenn notwendig, auch vom letzten gewerkschaftlichen Nachmittels Gebrauch gemacht, wenn berechtigte soziale Ansprüche keine Beachtung finden sollten. Ebenso entschieden aber auch werden wir uns wenden gegen eine sozialistisch-kommunistische „Verwaltungskunst“, wenn sie, wie in Berlin, dazu führt, das Selbstverwaltungsrecht der Städte aufzugeben und damit den Einfluß der Arbeiterchaft auf die Gemeinden beseitigt, wie es in Berlin gegenwärtig der Fall ist.

Verbesserung des Kündigungsschutzes für die älteren Arbeiter; Verbesserung der Löhne und Wohnzulagen u. a. m.

An das mit starkem Beifall ausgenommene Referat schloß sich eine sehr lebhaft ausgeführte Aussprache. Dabei wurden die Anträge von den einzelnen Rednern noch eingehend begründet. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung den Arbeiterforderungen die gleiche Rücksicht zuteil werden lasse, wie dies gegenüber den Beamten stets geschehen sei.

Das Referat über die „Zusatzversicherungsanstalt“ erstattete Bezirksleiter Kollege Koll-Berlin. Er schilderte die großen Schwierigkeiten, die bei Gründung der Kasse zu überwinden waren. Auch die Durchführung gehe nicht so glatt vonstatten, als man angenommen hätte. Jetzt seien die Verwaltungskörper noch nicht vollständig gewöhnt. Jedoch stehe zu hoffen, daß dieser Uebelstand bald beseitigt werde. Besondere Schwierigkeiten biete noch die Versorgung der älteren Arbeiter, die nicht Mitglieder der Kasse werden könnten. Aber die Verhandlungen hierüber seien bisher im Sinne der betreffenden Leute erledigt worden. Sofern sich noch irgendwelche Schwierigkeiten in der Folgezeit ergeben sollten, würden die Gewerkschaften alles tun, sie zu beheben.

Auch dieser Vortrag fand den vollen Beifall der Delegierten. Zum letzten Punkt der Tagesordnung erhielt das Wort Kollege Franz Buch-Leipzig, der in anschaulicher Weise über die Tätigkeit des Hauptbetriebsrates berichtete. In einer Reihe von Beispielen erläuterte er die gestellten Anträge und die Art ihrer Erledigung. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß unsere Kollegen dem Betriebsrat ihr besonderes Interesse zuwenden möchten.

So nahm die zweite Reichskonferenz einen überaus anregenden Verlauf. Kollege Dedenbach schloß sie mit dem Dank an die Referenten und der Aufforderung, rührige Aufklärungs- und Werberarbeit zu leisten. Das sei die erste Voraussetzung zur Erreichung der gesteckten Ziele.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

### Wohnungszwangswirtschaft und Industrie

Das Präsidium des Reichverbandes der Deutschen Industrie hat in einer Denkschrift zur Deutschen Wirtschafts- und Finanzreform Vorschläge unterbreitet. Bei diesen Vorschlägen werden auch Forderungen mit Bezug auf die Wohnungszwangswirtschaft gestellt, die keinesfalls unwidersprochen bleiben dürfen. Kurz zusammengefaßt fordert der Reichverband der Deutschen Industrie sofortige Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft (Wohnungsmangelgesetz, Reichsmietengesetz, Mieterchutzgesetz, Mieteneingangsamt), beschleunigte Angleichung der Mieten der alten Räume an die der neuen Räume, Aufhebung der Hauszinssteuer, Einführung einer Mietersteuer, die nur von den Mietern zu tragen ist. Es ist das zusammengewürfelt etwas viel, zumal jede einzelne Forderung, wenn sie erfüllt würde, von tief einschneidender Bedeutung für unser gesamtes Volk und unser Wirtschaftsleben wäre.

Aufhebung der gesamten Wohnungszwangswirtschaft bedeutet bei dem Mangel an Wohnungen von vornherein schon Mietsteigerungen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage würde sich alsbald auswirken. Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft bedeutet aber auch bei dem Mangel an Wohnungen, daß

besonders Minderbemittelte und Kinderreiche wohnungslos würden, weil es den Besserbemitteltesten möglich wäre, sich Wohnungen zu beschaffen. Das Wohnungselend würde dadurch noch größer werden. Aufhebung der Hauszinssteuer bedeutet aber auch Rückgang des Wohnungsbauens, da die Hauszinssteuer heute das Kernstück des Wohnungsbauens ist. Die 1,6 Milliarden, die durch die Hauszinssteuer aufgebracht werden, müssen bei ihrem Wegfall auf andere Weise aufgebracht werden.

Der Reichverband der Deutschen Industrie schlägt deshalb eine Mietsteuer vor. Das würde bedeuten, daß die 1,6 Milliarden Reichsmark dem Hausbesitz zugute kommen, während die Mieter erneut mit 1,6 Milliarden belastet werden. Aber damit nicht genug, daneben sollen noch die Altmieteten den Neubauernmieten angeglichen werden. Von einer Senkung der Neubauernmieten redet man nicht. Bei den hohen Mieten der Neubauern würde das etwa einer Verdoppelung der Altmieteten gleichkommen. Bei den heutigen Löhnen und Gehältern könnte diese Belastung (neue Steuern, höhere Mieten) die große Masse der Bevölkerung nicht tragen. Ganz abgesehen davon, daß die große Zahl von Arbeitslosen, Renteneempfängern usw. überhaupt die Belastung nicht auf sich nehmen kann.



Öffentliche Mittel müßten wieder in Anspruch genommen werden.

Ueber die Auswirkung der Vorschläge scheint der Reichsverband der Deutschen Industrie sich kein Kopfschütteln gemacht zu haben, denn mit seinem Wort ist in der Denkschrift die Rede davon, daß die Löhne und Gehälter entsprechend erhöht werden. Daß das aber der Fall sein muß, wird selbst in einer Denkschrift des Reichsarbeitsministers vom Jahre 1927 zugegeben, in der eine 10prozentige Mieterhöhung einer 2prozentigen Lohn-erhöhung gleichgesetzt wird. In der ersten Denkschrift wird ausführlich betont, man werde an eine Erhöhung der gesetzlichen Miete nur dann denken können, wenn man darauf rechnen kann, daß ein großer Teil der Bevölkerung durch eine Erhöhung seines Einkommens den notwendigen Ausgleich dafür erhält. Die deutsche Industrie wird sich also einmal zu diesem gewiß nicht unwichtigen Problem äußern müssen, somit ist eine Diskussion über die Angleichung der Altmieten an die Neubaumieten, an die Aufhebung der Hauszinssteuer und den Ersatz durch die Einführung einer Meisteuer gar nicht möglich, ganz abgesehen davon, daß auch die alsbaldige Aufhebung der Wohnungs- und Mietenzwangswirtschaft abgelehnt werden muß. In der Denkschrift wird zwar davon geredet, daß eine gründliche Durchführung der Reformen von allen Seiten Opfer verlangt, und daß diese Opfer unbedingt gebracht werden müssen, aber die Opfer sind so zu verstehen, wie sie die deutsche Industrie aufzählt, nämlich Gewinn, Profit, Freiheit für die deutsche Industrie, mehr Steuern, höhere Mieten und Beseitigung jeglichen sozialen Rechtes für die Massen.

### Berechnung des pfändungsfreien Gehalts oder Lohnbetrages

Einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 29. Mai 1929 — RAG. 658/28 — entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die rechtliche Grundlage der Entscheidung bildet § 850 Abs. 1 Nr. 1 Z. 10, welcher vorschreibt, daß der Arbeits- oder Dienstlohn nach den Bestimmungen der beiden von der Revision angezogenen Gesetze des Lohnbeschlagnahme-Gesetzes und der Lohnpfändungsverordnung der Pfändung nicht unterworfen sei. Die durch § 4 Nr. 4 des Lohnbeschlagnahme-Gesetzes mit 1500 RM. festgesetzte Wertgrenze für den unpfändbaren Teil des Lohnes ist durch die Lohnpfändungsverordnung dahin geändert, daß die Pfändbarkeit auf die Art der Auszahlung des Lohnes abgestellt ist, und zwar in der Weise, daß der Lohn bei Auszahlung für Monate bis zur Summe von 195 RM. monatlich, bei Auszahlung für Wochen bis zur Summe von 45 RM. wöchentlich, bei Auszahlung für Tage bis zur Summe von 7,50 RM. täglich und, soweit er diese Beträge übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen ist. Ob bei Berechnung des pfändbaren Lohnanteils die Einkommensteuer und die Sozialversicherungsbeiträge vorabzuziehen sind oder nicht, sagen die Gesetze nicht. Der Reichsfinanzhof hat sich dem Standpunkt der Nichtabzugsfähigkeit von Steuern in verschiedenen Gutachten und Urteilen angeschlossen. Die Berechnung von Bruttolohn ist nicht unbillig, sie mindert insbesondere nicht das Existenzminimum des Arbeitnehmers, er erhält den ihm nach der Lohnpfändungsverordnung vom 27. Februar 1928 ziffermäßig als pfändfrei zurechenbaren Betrag, während ihm bei Berechnung noch dem Nettolohn mehr und dem Pfändungsgläubiger weniger als dieser Betrag zukäme. Daß das nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben kann, ist nicht zweifelhaft.

### Erhöhte Werbungskosten für Kriegsbeschädigte

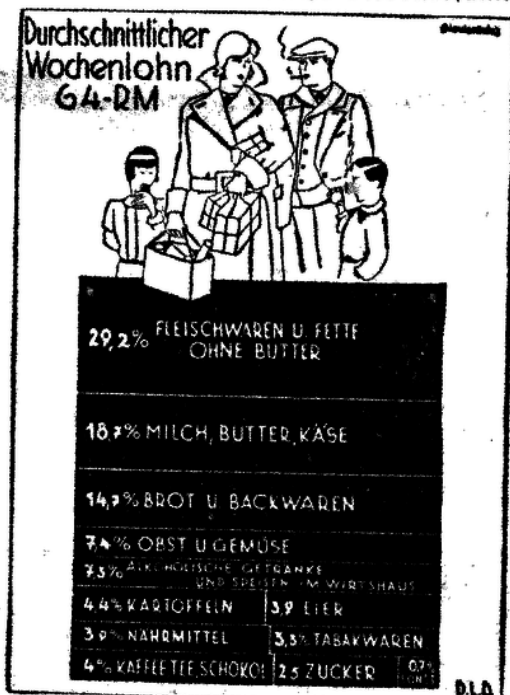
Vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Berlin NO 18, wird uns mitgeteilt: Erwerbstätigen Kriegsbeschädigten ist nach dem noch gültigen Erlass des Reichsministers der Finanzen mit Rücksicht auf ihre besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse und die ihnen erwachsenden höheren Werbungskosten eine Erhöhung des gesetzlichen steuerfreien Lohnbetrages und der Pauschale für Werbungskosten und Sonderleistungen zuzubilligen. Voraussetzung ist, daß die Erwerbsbeschränkung wenigstens 25 v. H. beträgt. Die Erhöhung des gesamten steuerfreien Lohnbetrages von monatlich 100 RM. erfolgt um den Hundertsatz der Erwerbslosenbeschränkung. Bei Kriegsbeschädigten, die die Pflegezulage nach § 31 des Reichserbschaftsteuergesetzes erhalten, sind die steuerfreien Beträge um mindestens 200 Prozent zu erhöhen. Erwerbstätigen Kriegserwitwen mit minderjährigen Kindern kann u. a. dann, wenn ihnen durch die Erwerbstätigkeit besondere Aufwendun-

gen im Haushalte entstehen, Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages gewährt werden. Anträge von solchen Kriegserwitwen sollen wohlwollend behandelt werden.

Zu beachten ist, daß die Erhöhung nur für erwerbstätige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Betracht kommt, da sie in der Hauptsache den Grund in den besonderen durch die Kriegsbeschädigung verursachten Ausgaben hat, die bei der Ausübung einer Erwerbstätigkeit entstehen. Der erhöhte Steuerabzug ist also nur zulässig von den Bezügen aus einem gegenwärtigen Dienstverhältnis, nicht dagegen für etwa gezahltes Ruhegehalt oder ähnliche Bezüge für eine frühere Dienstleistung. Die Anträge auf Erhöhung der Pauschale für Werbungskosten sind unter Vorlegung des letzten Rentenbescheides und der Steuerkarte für 1930 an das zuständige Finanzamt zu richten.

Nach einem Erlass vom 13. 12. 1928 sind weiter Kriegsbeschädigten mit mindestens 25 v. H. Erwerbsbeschränkung bei Verdienstausschlag um den Hundertsatz der Erwerbsbeschränkung erhöhte Pauschbeträge zu gewähren, und zwar auch dann, wenn ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages nicht gestellt worden war, im Erstattungsantrage die Erhöhung jedoch geltend gemacht wird.

### Was verzehrt eine deutsche Arbeiterfamilie?



Die amtlichen Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen in 900 Arbeiterhaushaltungen haben bekanntlich ergeben, daß über zwei Drittel des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben werden. Je niedriger das Einkommen ist, um so höher ist der Prozentsatz von den Ausgaben, der für Ernährung ausgegeben werden muß. Im Durchschnitt wurden bei einem Wochenlohn von 45 bis 90 RM. 25 bis 55 Mark für die Ernährung verausgabt. Auffallend ist der hohe Prozentsatz für Fleischwaren und Fette, doch nur dadurch zu erklären, daß einmal Fleisch und Fett sehr hoch im Preise stehen und Fett verhältnismäßig sehr viel verbraucht werden muß, um die Hauptmahlzeiten auch ohne Fleisch schmackhaft zu machen. Hierdurch erklärt sich, daß mit dem Steigen des Einkommens der Prozentsatz an den Ausgaben für Fleisch steigt und für Fett sinkt.

Vorstehende bildliche Darstellung geben die Ausgabe für eine kleine vierköpfige Familie mit dem verhältnismäßig hohen Einkommen von 64 RM. pro Woche wieder.

Wenn aber im Durchschnitt 50 und mehr Prozent des Einkommens der Arbeiter für Ernährung ausgegeben werden muß, dann zeigt dieses, welche Bedeutung die Förderung der Wirtschaftsführer, durch Bekämpfung des Massenverbrauchs eine Entlastung der Industrie herbeizuführen, für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft hat.

### Die Verantwortung für das Wohlergehen unseres Standes und Berufes trägt ein jeder Standes- und Berufscollega!

um die Un- und Faulschonorganisierten für die Mitarbeit an der Standes- und Berufshebung zu gewinnen. Keiner darf hierbei fehlen!

Es ist auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, daß noch ein großer Teil der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen sich an der Organisation vorbeidrückt und den übrigen den sozialen Aufstieg auf das Schwerste beinträchtigt. Wir sprechen die Erwartung aus, daß in den nächsten Wochen alle Mitglieder ihren ganzen Einfluß einsetzen, unermüdetlich ausdauernd wirken, um die Un- und Faulschonorganisierten für die Mitarbeit an der Standes- und Berufshebung zu gewinnen. Keiner darf hierbei fehlen!



# Bezirks- und Ortsgruppenberichte

**Verwaltungsstelle Bielefeld.** Am 15. Dezember fand die erste Verwaltungsstellenkonferenz in Paderborn statt. Anwesend waren 31 Delegierte. Außer dem Bezirksleiter, Kollege Horstmann, war auch unser Zentralvorsitzender, Kollege Edenbach, erschienen.

Kollege Gebury gab den Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. 10. 1928 bis 30. 9. 1929. Danach hatte sich die Mitgliederzahl innerhalb des Jahres von 635 auf 800 erhöht. Trotzdem aber gibt es im Bereich der Verwaltungsstelle noch sehr viel Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe, die noch nicht unserem Verbands angehören. Kollege Edenbach übermittelte die Grüße des Zentralvorstandes und ging noch im besonderen auf die Verarbeitung ein. In anschaulicher Weise zeigte er die Wege, die eingeschlagen werden müssen um eine erfolgreiche Verarbeitung durchzuführen.

Daraufhin nahm Kollege Horstmann das Wort zu seinem Referat „Die deutschen Gewerkschaften“. In klarer und sehr verständlicher Form schilderte er die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung von der Gründung bis zur heutigen Zeit. Insbesondere hob er die Ursachen hervor, die zur Gründung der christlichen Gewerkschaften geführt haben. Wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung keine Einheitsbewegung ist, so treffe nicht uns hieran die Schuld, sondern die freien Gewerkschaften. Auch mit den Konzentrationsbestrebungen befahte sich der Referent und stellte fest, daß durch den Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Organisationen, der am 1. Januar 1930 erfolge, eine wesentliche Veränderung nicht eintrete. Der reiche Reifall, sowie auch die lebhafteste Aussprache zeigte, daß man den Ausführungen mit größtem Interesse gefolgt war. Klar und eindeutig wurden auch vom Kollegen Edenbach nochmals die Gegenläge, die zwischen uns und den freien Gewerkschaften bestehen, herausgestellt. Nachdem Kollege Horstmann noch die Gründe dargelegt hatte, die die Einführung einer Alters- und Inhabitenunterstützungskasse im Verbands notwendig machen, beschloß ein Hoch auf unseren Verband die Konferenz.

**Oppeln.** Jahreslang wurden die beim hiesigen städtischen Bauamt beschäftigten Arbeiter unter Tarif bezahlt. Obgleich die Belegschaft nur von freigewerkschaftlichen Betriebsräten betreut wurde, wurde dieser Zustand jahrelang geduldet. Im April dieses Jahres schloß sich die Belegschaft des Bauamtes unserem Verbands an und es wurde mit allen Mitteln versucht, die richtigen Tariflöhne durchzusetzen. In einer am 8. 12. stattgefundenen, gut besuchten Mitgliederversammlung konnte Kollege Schwöpsel die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Magistrat nun endlich eine höhere Eingruppierung der beschäftigten Arbeiter im Tiefbauamt vorgenommen hat und daß die Kollegen gleichzeitig auch eine Nachzahlung für die zurückliegende Zeit erhalten werden. In Oppeln ist noch sehr viel zu regeln. Sozialpolitisch in jeder Beziehung rückständig, verhält der Magistrat die Tarifverträge zu umgehen. Wundern muß man sich, daß dies in einer Stadt geschieht, wo ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister an der Spitze der Verwaltung steht. Sonst kann von den sozialistischen Gewerkschaften nicht genug über die angeblichen „zentralistischen“ christlichen Gewerkschaften geschimpft werden. Die Stadt Oppeln bietet das beste Beispiel für das Gegenteil. Kollegen, sorgt durch fortgesetzte Stärkung unseres Verbandes dafür, daß auch der Magistrat in Oppeln gezwungen wird, in allen Betrieben die Tarifverträge innezuhalten.

**Ottmachau.** Jahreslang wurden die Gemeindearbeiter in Ottmachau nicht nach den tariflichen Bestimmungen entlohnt. Die Ursache war, daß die Kollegen nicht Mitglieder einer gewerkschaftlichen Organisation waren. Im April dieses Jahres gelang es, eine Ortsgruppe unseres Verbandes in Ottmachau zu gründen. Die gesamte städtische Arbeiterschaft organisierte sich in unserem Verbands. Bevor an die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herangegangen werden konnte, mußte zunächst für die Durchführung einer gesetzlichen Betriebsvertretung Sorge getragen werden. Große Schwierigkeiten bereitete hier der Magistrat. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß für die einzelnen Betriebe nur ein Obmann in Frage käme. Durch ein arbeitsgerichtliches Beschlußverfahren gelang es uns, den Magistrat zu zwingen, einen ordnungsgemäßen Arbeiterrat wählen zu lassen. Nachdem dies geschehen, gelang es uns, rückwirkend ab 1. November 1929 die richtigen Tariflöhne durchzusetzen. Der Magistrat Ottmachau erkannte den A. M. T. G. VIII an. Dadurch kamen die Kollegen auch in den Genuß der sozialen Vergünstigungen, wie Urlaub, Bezahlung von Überstunden usw. Wenn auch manchem Kollegen die Zeit sehr lang vorkam, in welcher wir unser gestecktes Ziel erreichten, so mußten sie doch die Erfahrung machen, daß die Gewerkschaftsarbeit in Ottmachau nicht unnutz gewesen ist.

Wenn die Gemeindearbeiter auch in Zukunft nach den tariflichen Grundätzen behandelt werden wollen, ist es ihre erste Pflicht, weiter fern vom Verbands zu stehen, um dadurch den reaktionären Wind, der über dem Rathaus von Ottmachau weht, zu verjagen.

**Metsch.** Ein „würdiger“ Beamter ist der noch verhältnismäßig junge Verwaltungsinспектор Lenscher. Herr Lenscher hat u. a. die „anklagende“ Aufgabe für die Einstellung und Kündigung der Aufwärtinnen in den Schulen und Verwaltungsgebäuden Sorge zu tragen. Seitdem Herr Lenscher diese Aufgabe hat, geht es hier wie in einem Landestrag. Ohne auf persönliche Verhältnisse der Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen, kündigt er, wenn irgendein „auter“ Beamter ihm über eine Aufwärtin irgend etwas Nachteiliges zugeht. In den letzten Tagen war wiederum ein derauflager Fall zu verzeichnen. Obwohl der Arbeiterrat Vorsitzende und der Gewerkschaftsreferent fast zwei Stunden lang darüber mit Herrn Lenscher verhandelten, lehnte er jedes Entgegenkommen ab. Herr Lenscher scheint auf dem Standpunkt zu stehen, daß es besser ist, wenn der Magistrat durch das Arbeitsgericht zur Zahlung einer Abfindungsumme verurteilt wird, als daß er in etwa von seinem Standpunkt abgeht und die Sache in Ruhe und Frieden läßt. Aus diesem Grunde werden wir schon dafür Sorge tragen, daß die Bäume jener jungen Beamten, die infolge der Eingewöhnung recht schnell auf gut bezahlte Posten gekommen sind, nicht in den Himmel wachsen.

**Bad Reudenborf.** Am 22. Dezember veranstaltete die Belegschaft des Staatl. Bades Reudenborf im Theateraal der Badeverwaltung ihre Weihnachtsfeier. Zwei riesige Tannenbäume zeigten sich im Weihnachtsmum und Lichterglanz. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt; ein recht farbenfrohes lebendiges Bild boten die Frauen in ihrer Schaumburger Landestracht. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Heinrich Wittfogel, begrüßte die Mitglieder nebst Angehörige wie auch die Herren Abteilungsleiter mit ihren Frauen. Besonders herzlich begrüßte er den neuen Kurdirektor, Herrn Frisch mit Frau Gemahlin, der zum ersten Male inmitten der Belegschaft weilte. Nach den Begrüßungsworten unseres Vorsitzenden dankte Herr Kurdirektor Frisch für die aufmerksame Begrüßung und deutete es als ein gutes Omen, gerade zur Weihnachtsfeier Gelegenheit nehmen zu können, sich mit seinen „Mitarbeitern“ bekanntzumachen. Er betrachtete es als seine vornehmste Aufgabe mit, im besten Einvernehmen mit der Belegschaft hier zu wirken. Verwaltung und Belegschaft müßten gemeinsam beitreten sein, im Interesse des Bades zu arbeiten.

Nach einem gemeinsam gesungenen Weihnachtslied nahm Bezirksleiter Kollege Wellmann-Hannover das Wort zu seiner Weihnachtsfeierrede. Er legte seinen Ausführungen die Worte „Weihnachten das Fest des Friedens und der Familie“ zugrunde. Die gemeinsame Weihnachtsfeier sollte uns gemahnen, an dem inneren Frieden zu arbeiten und stets eingedenk zu sein, daß auch innerhalb der Belegschaft der Familiensinn mehr gepflegt werden müsse. Die engere sozialverbundene Gemeinschaft der Belegschaft entspreche dem Sinn einer großen Familie. Nicht nur zur Weihnachtszeit, auch künftig im grauen Werktagsleben sollen wir so handeln.

Wie freuten sich dann aber die Kleinen und großen Kinder, es waren nicht weniger wie 70 an der Zahl, als der Weihnachtsmann höchst persönlich erschien und seine Weihnachtsgaben verteilte.

Nach einer längeren Pause wurde dann ein von den Mitgliedern selbst gespieltes Theaterstück: „Eine schöne Fescherung“ zum Anreiz der Nachmüsteln. Eine recht interessante Verlorenung schloß sich dem Theaterstück an. In gemüthlicher Besammenheit verfolgten recht gemüthliche und stimmungsvolle Weihnachtsstunden. Es war das erstemal, daß die Belegschaft eine gemeinsame Weihnachtsfeier veranstaltete, es hat aber allen Teilnehmern so gut gefallen, daß man künftig diese gemeinsame Feier nicht mehr missen möchte.

**Leipzig.** Nach langem Krankenlager ist unser Kollege Georg Mittelberger am 14. Dezember durch einen sanften Tod erlitten worden. Der Verband trauert um ihn als den ersten Kollegen Gemeindearbeiter in Leipzig, der den Mut aufbrachte, sich im Jahre 1922, trotz des Terrors von links, unserem Verband anzuschließen. Seit dieser Zeit betrachtete er sich als Vertrauensmann der christlichen Gewerkschaften. Als er im Juni seinen Posten jüngeren Kollegen übergab, war sein Vertrauensmännerbezirk auf über 80 Mitglieder gestiegen. Er war zur Stelle, wenn es galt, für unseren Verband ein Opfer zu bringen. Als erster rechnete er ab, als erster kam er zur Versammlung. Jederzeit war er ein Beispiel treuester Pflichterfüllung als Arbeiter, Familienvater und Gewerkschaftler. Er möge ruhen in Frieden!

## Wächertisch

Leonhard Frank, der Dichter von „Karl und Anna“ hat soeben ein neues Werk beendet, das unter dem Titel „Die Entgelten“ im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin, vorliegt. Die Art der literarischen Darstellung ist anspruchlos neu und ungewöhnlich, so daß man ein beim weiteren Lesen zu der Ueberzeugung gelangt, hier eine neue Möglichkeit dichterischer Ausdrucksweise gefunden zu haben.

Es behandelt den Abzug eines Beamten aus seiner beamteten Lebensauffassung und -führung, sein unfruchtbares Umherirren nach einer neuen Form und endlich den Weg zu einem neuen Leben unter bisher von ihm nur verachteten Menschen, den „Entgelten“. Der Preis des 100 Seiten starken Buches in Ganzleinen beträgt RM. 3.—.

## Gedenktafel



Gestorben sind die Kollegen:

Paul Müller, Köln	30. 11. 1929
Fra. Lav. Reilberger, München	11. 12. 1929
Franz Kreientzamp, Münster	13. 12. 1929
Georg Mittelberger, Leipzig	14. 12. 1929
Karl Hahn, München	14. 12. 1929
Jakob Braunhuber, Nürnberg	15. 12. 1929
Friedrich Wiegandt, Danzig	18. 12. 1929

die Kollegin:

Anna Drutjans, Gröine	6. 12. 1929
-----------------------	-------------

Ehre ihrem Andenken!